

## Wenn Bürgermeister die Welt regieren

Unsere Städte müssen sich global vernetzen, um die Demokratie zu retten

Benjamin Barber | **Die Nationalstaaten sind nicht mehr in der Lage, die Probleme zu lösen. Sie sind in Grenzen gefangen; Klimawandel, Terror und Pandemien, aber auch Ölkartelle und Banken sind es nicht. Es ist Zeit, dass sich unsere Städte global vernetzen. Städte sind die Bausteine einer globalen Regierungsführung. Nur sie können die Demokratie bewahren.**

In unserer von Menschen wimmelnden Welt, in der es zu viele Differenzen und zu wenig Solidarität gibt, steckt die Demokratie tief in der Krise. Einst sorgten hartnäckige Nationalstaaten dafür, dass die Demokratie nicht an immer größeren Einheiten scheiterte. Heute verhindern sie ihre Ausdehnung auf die globale Ebene. Es ist an der Zeit, ernsthaft zu fragen: Können Städte die Welt retten? Ich glaube, sie können es.

In der Geschichte der Stadt hat sich der Kreis längst geschlossen. In der Polis, der Bürgergemeinde, begann der Weg der Menschheit zu Politik und Zivilisation. Sie war der erste Inkubator der Demokratie. Dennoch setzten wir jahrtausendlang unser Vertrauen in Monarchien, Weltreiche und schließlich die neu erfundenen Nationalstaaten, um sie die Bürden von Zivilisation und Demokratie tragen zu lassen. Heute, zum Abschluss einer langen Geschichte von Erfolgen auf regionaler Ebene, lässt uns der Nationalstaat im globalen Maßstab im Stich. Er war das perfekte politische Rezept, um die Freiheit und Unabhängigkeit eigenständiger Völker und Nationen zu wahren. Doch für eine Welt voller wechselseitiger Abhängigkeiten ist er nicht geeignet. Und so ist die Stadt – seit jeher erste Wahl unter den menschlichen Lebensräumen – heute erneut zur besten Hoffnung für Demokratie in unserer globalisierten Welt geworden.

Urbanität mag nicht in unserer Natur liegen, doch sie liegt in unserer Geschichte. Ob gut oder schlecht, ob aus Zufall oder durch Vorsehung: Sie bestimmt, wie wir leben, arbeiten, spielen und miteinander umgehen. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. In den Entwicklungsländern sind es sogar mehr als 78 Prozent. So wie die Stadt einst unser Ursprung war, so scheint sie jetzt unsere Bestimmung zu sein. In den Städten wird Kreativität entfesselt, die Gemeinschaft gefestigt, die Bürgerschaft errungen.

Angesichts des nationalstaatlichen Widerstands gegen grenzübergreifende Zusammenarbeit ist es die größte politische Herausforderung der Gegen-

wart, andere Institutionen zu finden, die in der Lage sind, die sich vervielfachenden Herausforderungen einer interdependenten Welt zu bewältigen. Dabei dürfen wir die demokratischen Werte nicht aufgeben, die vormals durch den Nationalstaat geschützt wurden. Um uns sowohl vor den anarchischen Auswüchsen der Globalisierung wie Krieg und Terrorismus als auch vor ihren monopolistischen Erscheinungen, zum Beispiel den multinationalen Konzernen, zu schützen, brauchen wir globale demokratische Institutionen, die gut funktionieren. Das bedeutet Institutionen, die fähig sind, den globalen Herausforderungen gerecht zu werden. Während der vergangenen Jahrhunderte, in denen Kriege die Welt nachhaltig geprägt haben, hat der Nationalstaat kaum Fortschritte in Richtung einer globalen Regierungsführung erzielt. Die Demokratie steckt in der Klemme. In einer Welt voller rivalisierender Nationalstaaten scheint weder eine demokratische Globalisierung noch eine Globalisierung der Demokratie möglich, solange ihr Erfolg von rivalisierenden souveränen Staaten abhängt. Was also ist zu tun?

**Die Stadt war unser  
Ursprung, jetzt ist sie  
unsere Bestimmung**

Die Lösung steht uns vor Augen, sie ist offensichtlich, aber bisher weitgehend unerforscht: Schaut auf die Städte, die am dichtesten vernetzten Gebilde der politischen Organisation, die wir kennen. Lasst diese Gebilde, die von Zusammenarbeit und Pragmatismus, von Kreativität und Vielfalt geprägt sind, dort anpacken, wo Staaten versagen. Lasst die Bürgermeister die Welt regieren.

Tatsächlich passiert das schon. Städte sind immer stärker in die Netze der Kultur, des Handels und der Kommunikation eingebunden, die den Globus umspannen. Diese Netzwerke, die im Kern kooperative Strukturen darstellen, können so weit entwickelt werden, dass sie in Zukunft das offiziell tun, was heute schon informell geschieht: dass sie durch freiwillige Kooperation und breiten Konsens Regierungsfunktionen ausüben.

### **Das Wesen des Kosmopolitismus**

In der modernen Welt besteht die zentrale Herausforderung der Demokratie darin, Teilhabe – die ihrer Natur nach lokal ist – und Macht – deren Wesen zentral ist – zusammenzuführen. Im Nationalstaat gelang dieser Balanceakt für eine Weile. Mit der Zeit wurde er jedoch einerseits zu groß, um seinen Bürgern echte Teilhabe zu ermöglichen. Andererseits blieb er zu klein, um Macht auf globaler Ebene ausüben zu können.

Der Kosmopolitismus hat eine Antwort. Er stellt sich Stadtbewohner vor, die in urbanen Nachbarschaften, in denen Teilhabe und Partizipation noch möglich sind, verwurzelt sind. Gleichzeitig kooperieren diese Städter über Grenzen hinweg, um sich der Zentralmacht entgegenzustellen und sie im Zaum zu halten. Der Kosmopolitismus stellt sich vor, dass diese Menschen sich zusammenschließen, um die anarchische Globalisierung und ihre unerwünschten Auswüchse zu überwachen und zu regulieren.

Eine Welt, die von Städten regiert wird, erfordert keinen neuen globalen Regierungssitz, der irgendwo aus dem Nichts errichtet würde. Diese vernetzten Städte brauchen auch keine Genehmigung der Nationalstaaten, die von ihnen ersetzt werden. In einer solchen Welt wird die Bedeutung von Bürgerschaft, Zi-

**Alle Städte ähneln  
sich in ihrer Funktion  
und Infrastruktur**

viligesellschaft und freiwilliger Gemeinschaft über die Grenzen hinweg betont, statt den von oben verordneten Rezepten und Exekutivmandaten der globalen Einheitsherrscher zu folgen. Was Michael Bloomberg, der ehemalige Bürgermeister von New York, einst sagte, mag anmaßend klingen, aber im Kern gibt es wieder, über welche Macht kommunaler Lokalismus in einer interdependenten Welt verfügt: „Mit der NYPD habe ich meine eigene Armee“, sagte Bloomberg, „mein eigenes Außenministerium, zum großen Ärger von Foggy Bottom“.

Nicht Bloombergs angeberischer Ton verleiht diesen Worten Gewicht, sondern ihr Wahrheitsgehalt. Denn, wie Bloomberg sagte: „Der Unterschied zwischen meiner Ebene des Regierens und anderen Ebenen ist, dass auf dem Stadtlevel tatsächlich etwas passiert.“ Präsidenten dozieren über Prinzipien, Bürgermeister räumen den Müll weg. Sie setzen sich für Waffengesetze ein (wie in der von Bloomberg angeregten NGO „Mayors Against Illegal Guns“) und kämpfen gegen den Klimawandel auf der Welt (wie die C40 Cities). Diese Anpack-Mentalität zeichnet auch Organisationen wie ICLEI (Local Governments for Sustainability) aus.

Indem sie die Netzwerke, innerhalb derer sie bereits kooperieren, vergrößern und vervielfältigen, beweisen Städte, dass sie in der Lage sind, gemeinsam Dinge zu tun, zu denen Staaten nicht in der Lage sind. Was wäre ein Bürgermeisterparlament, wenn nicht die formalisierte Variante der globalen urbanen Netzwerke, die schon heute existieren? 2010 trafen sich 3000 Vertreter aus 100 Ländern bei dem Weltkongress eines Meta-Netzwerks namens United Cities and Local Governments. Sie sind auf gutem Wege! Was wäre eine zukünftige zivilgesellschaftliche Religion, wenn nicht der gemeinschaftliche zivile Ausdruck des Lebensalltags derer, die in den Städten leben? Städte gibt es in Tausenden von Variationen. Doch in funktioneller und infrastruktureller Hinsicht sind sie sich sehr ähnlich.

**Kooperation in informellen Netzwerken**

Wie viele unterschiedliche Möglichkeiten gibt es, eine Million Menschen auf einer streng begrenzten Fläche unterzubringen? Bereits im 18. Jahrhundert stellte Jean-Jacques Rousseau fest: „Alle Hauptstädte sind ganz gleich ... Paris und London scheinen mir dieselbe Stadt zu sein.“ Sind São Paulo, Tokio und New York heute wirklich verschieden? Die transnationale Zivilgesellschaft, die wir uns vorstellen, entspricht dem bereits existierenden globalen Netzwerk aus Partnerschaften und Verbindungen, die an dieselben Werte der Bürgergesellschaft glauben. Dazu gehören Gemeinschaften, die für weltweit geltende Menschenrechte streiten, religiöse Organisationen, die für die Ökumene eintreten, internationale Vereine von Künstlern und soziale Netzwerke von Freunden, die sich immer mehr ausweiten, um am Ende auch Fremde einzubeziehen. Solch ein Netzwerk wartet nicht darauf, erfunden zu werden, es ist bereits im Entstehen begriffen und muss nur noch erkannt, genutzt und formalisiert werden.

Neue Mechanismen der Kooperation und der gemeinsamen Entscheidungsfindung ermöglichen es Städten, in Fragen der Waffenkontrolle, des Handels,

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

des Klimawandels, des kulturellen Austauschs, der Bekämpfung von Kriminalität, der Drogenpolitik, der Infrastruktur, der öffentlichen Gesundheit, der Migration und der Technologie effektiv zusammenzuarbeiten. Dafür braucht es keine offiziellen Mechanismen: Rey Colón, ein Mitglied des Stadtrats von Chicago, sah zum ersten Mal bei einer Reise nach Sevilla, wie gut innovative Fahrradverleihsysteme funktionieren. Bürgermeister Rahm Emanuel gab daraufhin das Wahlversprechen, einhundert Meilen „grüner“ Fahrradwege an wichtigen Chicagoer Durchgangsstraßen anzulegen; ein Versprechen, das er derzeit einlöst. New Yorks Fahrradverleihsystem startete Mitte 2013. Grüne Ideen zwischen Städten zu teilen und in Stadtnetzwerken wie dem C40 die Schaffung neuer Verleihsysteme und den Bau von Fußgängerzonen voranzutreiben, mag nicht dem entsprechen, was man sich unter Weltherrschaft vorstellt. Doch sie zeigen, wie weit die Städte den Staaten voraus sind, wenn es darum geht, die immensen Herausforderungen der globalen Vernetzung zu bewältigen – und sei es nur durch freiwillige und informelle Kooperation.

Der langjährige Bürgermeister der Stadt Stuttgart Wolfgang Schuster ist ein europäischer Staatsmann und zivilgesellschaftlicher Akteur, vor allem aber ein kommunaler Demokrat, dem bewusst ist, wie sehr lokale demokratische Strukturen von städteübergreifender Kooperation profitieren können. „Wir sind keine Insel“, betont er, „wir brauchen eine starke Lobby für lokale Selbstverwaltung. Aber die Städte selbst sind keine Inseln, also müssen wir in Netzwerken arbeiten, um unsere Bedürfnisse und Forderungen zu formulieren, ... indem wir voneinander lernen.“ Auf diese bodenständige und praktische Art und Weise werden Städte mit ihren eigenen fortschrittlichen Netzwerken die europäischen Nationen ersetzen können, die nach der Pfeife der Banken und der G7 und G20 tanzen. Wie? Ich schlage vor, ein Bürgermeisterparlament zu

Zusammen gegen den Klimawandel: Die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo (m.) mit Amtskollegen beim C40-Treffen in Mexico City, Dezember 2016

gründen, das keinen Staat um Erlaubnis fragen muss, wenn es zusammenkommen will, das konsensfähige Lösungen für gemeinsame Probleme anstrebt und sich freiwillig den gemeinsam beschlossenen Regeln unterwirft.

## Städte und Staaten stehen oft zwangsläufig in Konflikt

Es ist kein utopisches Ziel, Bürgermeister zu globalen Entscheidungsträgern zu machen und ihre urbane Wählerschaft in Bürger ohne Grenzen zu verwandeln. Auch geht es dabei um mehr als Sehnsucht nach einem unerreichbaren System weltweiter Gerechtigkeit. Tatsächlich würde es schon genügen, dass wir zur Kenntnis nehmen, was für eine Welt bereits im Entstehen begriffen ist – ohne systematische Planung oder die Legitimation staatlicher Autoritäten. Es würde schon genügen, das einzigartige urbane Potenzial für Kooperation und Egalitarismus zu nutzen. Dieses Potenzial wird nicht von den hartnäckigen Konzepten der Souveränität und des Nationalgedankens zurückgehalten, die Staaten in der Vergangenheit dazu verleitet haben, sich in Festungen zu verstecken und sich für ihre „Autonomie“ und „Unabhängigkeit“ feiern zu lassen.

Wenn Bürgermeister die Welt regieren sollen, dann werden sie den Premierministern und Präsidenten selbstverständlich Tribut zollen müssen. Die Städte und ihre Kooperationsnetzwerke mögen zwar die globale Wirtschaft beeinflussen und sich staatlichen Regeln und Vorschriften entziehen, aber sie unterliegen noch immer der Rechtsprechung und der Souveränität größerer politischer Gebilde. Bürgermeister Bloomberg mag seine eigene Armee haben, aber man stelle sich nur vor, was geschehen würde, wenn er sie in Kuba, Washington oder Albany einsetzen wollte – oder einfach nur jenseits des Hudson in Hoboken, oder in Yonkers, ein paar Meilen nördlich von Manhattan. Kurz gesagt: Er kann zwar über Fahrradwege in Manhattan bestimmen, aber nicht über den Verkehr auf dem New York Thruway.

Beim Regieren geht es um Macht ebenso wie um Probleme, um Gesetzgebungskompetenz ebenso wie um ihre Funktion. Deshalb ist das Verhältnis der Städte zu den Staaten, in denen sie liegen, von zentraler Bedeutung. An diesem Punkt stellen sich zwei wichtige Fragen: Haben die Städte und die Staaten, zu denen sie gehören, deckungsgleiche Interessen? Und können Städte funktionieren, wenn sie es mit Staaten zu tun bekommen, die ihrem Vormarsch ins Globale nicht indifferent, sondern feindlich gesinnt sind?

### Das Beharren auf nationaler Souveränität

Die Antworten auf beide Fragen sind schwierig, auch mit Blick auf die legale und politische Gesetzgebungskompetenz. Was jedoch schon zu Beginn einer solchen Diskussion klar sein muss, ist, dass die Interessen der Städte und der Staaten, zu denen sie gehören (und gehören ist an dieser Stelle das richtige Wort!), oftmals zwangsläufig in Konflikt miteinander stehen. So eng miteinander vernetzt und verflochten Städte in wirtschaftlicher, technokratischer und kultureller Hinsicht auch sein mögen, sie unterliegen der Rechtsprechung und der exekutiven und finanzpolitischen Aufsicht von Staaten, die noch immer sehr viel Macht haben – und so schnell auch nicht verschwinden werden.

Wenn es stimmt, was Saskia Sassen sagt, nämlich, dass das „was dem Wachstum von vernetzten globalen Städten zuträglich ist, nicht auch zwangs-

läufig den Nationen zugutekommt“, wenn also die Expansion globaler Städte zum Nachteil der nationalen Regierungen geschieht, dann ist es unwahrscheinlich, dass diese sich zurücklehnen und geduldig dem Ende ihrer Herrschaft bewohnen. Vielmehr werden sie versuchen, die Kontrolle über jene globalisierten Städte zurückzugewinnen, die transnationale Kooperationen anstreben. Für die Staaten gilt es dann, ein für alle Mal klarzustellen, dass Städte, egal für wie transnational und kollaborativ sie sich halten mögen, ihrer Gewalt unterliegen und sich der nationalen Souveränität unterzuordnen haben.

### **Bausteine einer globalen Governance**

Im Gegensatz zu Unternehmen und Verbänden sind Staaten von Natur aus territorial veranlagt. Städte befinden sich zwangsläufig auf dem Territorium eines Staates. New York mag sich nicht oft mit Washington beschäftigen, aber Washington wird New York stets im Auge behalten. Bürgerinnen und Bürger mögen grenzenlose Träume haben, doch ist es weder ihre Heimatstadt noch die in Entstehung begriffene Weltbürgerstadt, über die sie sich definieren und der sie die Treue schwören. Es sind die Nationalflaggen, die patriotischen Hymnen, die großen Aufgaben ihrer Nation.

Die voranschreitende Verflechtung der Städte mag ihre Verbindungen zu Nationalstaaten schwächen und sie zu engerer Kooperation untereinander treiben, aber kein Staat, der etwas auf sich hält, wird still zusehen, wie seine Metropolen das Subsidiaritätsprinzip unterwandern und sich aus der Anziehungskraft ihrer staatlichen Mutterschiffe lösen. Das gilt selbst für Singapur, einen Stadtstaat, in dem paradoxerweise eine Stadt mit einem territorial gleichförmigen Staat koexistiert, der die Souveränität über die Stadt und den Staat ausübt. Zudem bleiben nationale Gemeinschaften wichtige Bezugspunkte für Identität. Über eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Sprache und gemeinsame Narrative (etwa in Form von Zivilreligionen) schaffen sie Zugehörigkeiten, die es Städtern erlauben, sich auch über die Grenzen ihrer Gemeinden hinweg als Bürger zu verstehen.

Anzuerkennen, dass ein Spannungsfeld zwischen urbaner und nationaler Identität existiert, bedeutet nicht, das eine oder das andere Konzept vorzuziehen. Es geht an dieser Stelle lediglich darum, sich der Bedeutung dieser Tatsache bewusst zu werden. Denn es ist dieses Spannungsfeld, das belegt, warum es systematischer und nachhaltiger Überzeugungsarbeit bedarf, um die Städte als Bausteine einer globalen Governance – also einer weltweiten Regierungsführung – zu bewerben. In dieser Sache gilt es, die Macht und die Kompetenzen der Staaten und die Hartnäckigkeit nationaler Grenzen ebenso zu bedenken wie das Wesen der Städte.

Diese Aufgabe verlangt von uns, dass wir uns mit der Geschichte der Städte auseinandersetzen und uns bemühen, ihre DNA zu entschlüsseln. Wir müssen ihren pragmatisch veranlagten und lösungsorientierten Charakter verstehen. Zugleich müssen wir zeigen, wie ihre Rolle als Bausteine einer globalen Regierungsführung trotz der möglicherweise heftigen Opposition der Nationalstaaten gefestigt werden kann, ohne deren Souveränität dabei rundheraus infra-

**Nationale Gemeinschaften schaffen gemeinsame Identität**

ge zu stellen. Der Erfolg der Städte muss den Staaten dort nützen, wo sie sich als unfähig entpuppen, darf sie jedoch nicht wegwünschen oder zu den Bösewichten der Geschichte der demokratischen Globalisierung degradieren. Denn wie wir sehen werden, rührt die Schwäche der Nationalstaaten bei der weltweiten Zusammenarbeit zumindest teilweise aus ihren Tugenden: aus ihrer Unabhängigkeit, ihrer Souveränität, ihrem Engagement für nationale Gleichberechtigung und Freiheit.

Das Argument, das ich vorbringe, verlangt auch, dass wir die Erfolge kleinerer, aber robuster ziviler Institutionen und Netzwerke analysieren, verstehen und auf ihnen aufbauen. Vernetzte Städte und Megastädte werden darüber be-

## Wir brauchen nicht mehr, sondern bessere Globalisierung

stimmen, ob die Demokratie – vielleicht sogar die Zivilisation selbst – die nächsten Jahrzehnte überleben wird. Die Kernfragen werden in dieser Zeit dieselben bleiben, nämlich wie wir gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Staaten überwinden und das verheerende ökonomische und ökologische Chaos sowie die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten lindern können, die in der Abwesenheit globaler demokratischer Regierungsstrukturen grassieren. Schon heute stolpern wir einer verführerischen, aber ebenso bedrohlichen Anarchie entgegen, in der Pandemien und Umweltkatastrophen wüten, deren Ausbreitung der Souveränitätsgedanke noch Vorschub leistet. Schon heute leben wir in einer Ära globaler Privatmonopole auf Geld und Einfluss, die unter dem Banner der Freiheit gedeihen können, dank Märkten, die alles andere sind als frei.

Wir brauchen nicht einfach mehr Globalisierung, sondern eine Form der Globalisierung, die öffentlich ist und nicht privat, demokratisch und nicht hegemonial, egalitaristisch und nicht monopolistisch. Die globale Anarchie begünstigt brutale Gewalt und eine Mentalität des „The winner takes it all“. Im Kampf dagegen können Städte, die über die Grenzen hinweg zusammenarbeiten, etwas bewirken. Indem sie freiwillig kooperieren, um Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und demokratische Gleichbehandlung zu schaffen, können sie die von Staaten verursachte Verwüstung lindern und vielleicht sogar die globalen Märkte bändigen, die zu kontrollieren die nationalen Regierungen schon lange nicht mehr willens oder fähig sind. Städte, die zur informellen Kosmopolis verschmelzen, können, so wie die Polis des Altertums, zu Inkubatoren der Demokratie werden. Doch dieses Mal in globalem Maßstab.

### Müll, Handel und Verkehr

Obwohl Städte historisch gesehen oft unter Ungleichheit und Korruption litten und dem Willen der Königshäuser und Weltreiche unterworfen waren, sind sie in ihrem Kern stets antiideologisch und auf pragmatische Weise demokratisch geblieben. Die Politik der Städte zeichnet sich durch Überzeugungsarbeit und nicht durch Präventivschläge aus. Ihre Regierenden sind Nachbarn, die Vernunft walten lassen und keine unnahbaren Herrscher mit einem Hang zu roher Gewalt. Die vorrangigen Ziele der Städte und damit der Bürgermeister sind alltäglicher, beinahe provinzieller Natur: Sie sammeln Müll und Kunst statt Wählerstimmen und Verbündete; sie errichten Gebäude und betreiben Buslinien, anstatt Flaggen zu hissen und politische Parteien zu führen; sie küm-

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

mern sich darum, dass das Wasser fließt und nicht darum, dass der Waffenhandel floriert; sie unterstützen Bildung und Kultur statt nationaler Sicherheit und Patriotismus. Sie tun alles, um Zusammenarbeit zu fördern statt eines Bewusstseins der eigenen Besonderheit. Ihnen geht es darum, den Sinn für Teilhabe und den Stolz in den kommunalen Zusammenhalt zu stärken, nicht um blinde Vaterlandsliebe.

Städte haben keine Wahl: Um zu überleben und zu gedeihen, müssen sie pragmatisch und lösungsorientiert, vernetzt und kooperativ, kreativ und innovativ sein. Dass sie vor allem mit den Schlagwörtern Müll, Handel, Unternehmertum, Verkehr, Kommunikation, digitale Technologie und Kultur – mit Kreativität und Vorstellungskraft – in Verbindung gebracht werden, liegt dabei in der Natur der Sache beziehungsweise in der Natur des menschlichen Zusammenlebens auf engstem Raum. Doch Kreativität und Vorstellungskraft sind nicht nur die Treiber hinter Innovation, Handel und Kultur, sondern auch Motoren für die Demokratie.

Um die Zukunft der Stadt als Grundlage für ein neues System der demokratischen Global Governance zu verstehen, muss man sich zwangsläufig mit ihrer Historie und ihren demokratischen Wurzeln in der Antike beschäftigen. Die Demokratie wurde in der selbstverwalteten und autonomen Polis erdacht, aber erst in der vernetzten und unabhängigen Kosmopolis kann sie zu voller Entfaltung kommen. Die Stadt steht am Ende des Anfangs der menschlichen Zivilisationsgeschichte. Menschen, die Sprache, Kultur und Wirtschaft erschaffen, finden sich in größeren Gemeinschaften zusammen. So wie Aristoteles den Menschen einmal ein politisches Tier (ein Zoon politikon) nannte, so spricht Edward Glaeser heute von der Menschheit als einer „urbanen Spezies“, deren Städte „aus Fleisch, nicht aus Beton gemacht“ sind.

Städte, die zur informellen Kosmopolis verschmelzen können, so wie die Polis des Altertums, zu Inkubatoren der Demokratie werden: der Erechtheion-Tempel auf der Athener Akropolis

Die Griechen gaben ihren ersten Gemeinden den Namen Polis. Im Falle des archetypischen Athens waren diese eine Art politisierte Ansammlung verschiedener Stämme, den so genannten Demen. So wie viele andere antike Dorfgemeinschaften war Athen eine im Grunde männliche Stadt, auch wenn sie sich mit ihrem vermeintlich egalitären Charakter brüstete. In den meisten kleinen Gemeinden und Dörfern blieben ohnehin die Stammespolitik und das Recht des Stärkeren die dominierenden Kräfte.

**Die Polis wurde  
geboren, um zu  
wachsen**

Doch immerhin waren die Poleis geboren – und sie waren geboren, um zu wachsen. Aus den ersten von ihnen wurden befestigte Marktplätze, aus den befestigten Marktplätzen wurden Kleinstädte, aus den Kleinstädten wurden Handelszentren, und dann wuchsen die Handelszentren über die Mauern hinweg, die sie vor Feinden schützen sollten, und einer immer kleiner werdenden Welt entgegen; einer Welt, die durch Schnellstraßen und Flüsse, durch Handelsrouten und über die plötzlich befahrbaren Weltmeere verbunden war.

Heute leben 90 Prozent der Weltbevölkerung in der Nähe von Meeren oder von Flüssen, die die Meere speisen – an Wasserwegen, die zu Mobilität und Kommunikation einladen, aber deren Gezeiten, Stürme und Fluten auch Katastrophen heraufbeschwören. Über die Jahrtausende entwickelten sich Städte – natürlich nicht ohne Verzögerungen und zwischenzeitliche Rückschritte – zu Haupt- und Reichsstädten, in denen nicht mehr nur Tausende, sondern Hunderttausende und Millionen von Menschen lebten. Die Menschheit bewegte sich, um es mit Max Weber zu sagen, „vom Simplen in die Komplexität, vom Allgemeinen in die Spezialisierung“. Die Welt stürzte sich in eine scheinbar unausweichliche Urbanität.

### **Das Entstehen der Megastädte**

Mittlerweile verwandeln sich Hauptstädte zusehends in vernetzte Megastädte, die Bewohnerzahlen im zweistelligen Millionenbereich vorzuweisen haben. Diese verschmelzen wiederum mit den Randbereichen anderer Städte zu aufstrebenden Ballungsräumen und Megaregionen, in denen schon heute ein Großteil der Weltbevölkerung lebt. Noch immer dominiert in manchen Teilen der Welt das Stammestum, aber selbst in Afrika sprießen Metropolen aus dem Boden, riesige urbane Zentren, die mitunter mehr als 20 Millionen Menschen beherbergen.

Repräsentativ für diese Entwicklung ist die Region um Lagos, Ibadan und Cotonou, in der im Jahr 2025 schon allein Lagos rund 25 Millionen Einwohner haben wird. Es wird dann nach Mumbai und Tokio die drittgrößte Stadt der Welt sein. Ohnehin gibt es in Nigeria schon heute sechs Millionenstädte und ein Dutzend weiterer Großstädte, in denen zwischen 500 000 und eine Million Menschen leben – und jede einzelne von ihnen wächst in großem Tempo weiter. Eine McKinsey-Studie geht davon aus, dass in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren 136 Newcomer in den Top-600 der Städte mit der größten Wirtschaftskraft auftauchen werden – und alle von ihnen werden in Entwicklungsländern liegen. Im Jahr 2025 werden 100 der 600 wirtschaftsstärksten Städte chinesisch sein.

Die Konzentration der städtischen Bevölkerung in immer komplexeren Systemen, die zugleich dichter und größer werden, schreitet in immer rasanterem Tempo voran. Der Charakter dieser urbanen Zentren ist dabei nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der territorialen Expansion zu verstehen. In ihrer Studie über New York, London und Tokio argumentiert Saskia Sassen, dass diese Städte zu Service-Centern der neuen globalen Wirtschaft werden und „in vielerlei Hinsicht ... als ein einziger transterritorialer Marktplatz fungieren“. Sie funktionieren nicht einzeln, sondern nur „als Triade“. Sie repräsentieren eine Form der Weltstadt, die weder territorial noch virtuell zu verstehen ist, sondern nur als Netzwerk sich überschneidender „globaler Städte“.

### **Architekten geben urbanen Träumen eine Form**

Der Weg von der Polis zur Megalopolis, von kleinteiligen Räumen zu einem großen Ganzen, gleicht einer atemberaubenden Reise vom Simplen ins Komplexe, vom Provinziellen in das Urbane, vom Lokalen in das Globale, vom Nüchternen in das Imaginierte und Fantastische. Doch so inspirierend diese Reise sein mag, ihr haftet auch ein Hauch von Unvermeidbarkeit an. Die Weltbevölkerung wächst immer weiter, der Handel wird immer globaler, die Komplexität nimmt immer weiter zu. Es scheint fast, als entwerfe die Geschichte eine Welt, die wir uns einst nur in unseren kühnsten Träumen vorzustellen wagten.

Heute sind es die Stadtplaner und Architekten, die diesen Träumen eine Form geben. In den vergangenen Jahren hat das Institute for Advanced Architecture of Catalonia (IAAC) gleich drei globale Architekturwettbewerbe veranstaltet, von denen der Letzte unter dem Motto „Selbstversorger-Stadt“ über 100 fantastische und doch auf der Realität aufbauende Projektentwürfe hervorbrachte, in denen der Lebensraum der Zukunft entworfen wurde. Unter den Ideen: Weightlessness City, Sky-City, Bio-Digital-City, Ecotopia, MegaCityBlock, Non-Stop City, Repower City, Hole City, Drift City, Swarm City und Freedom in Captivity.

**Internationalismus hat sich als Sackgasse herausgestellt**

Trotz der Widersprüche und Hindernisse, die Städte auszeichnen, bieten sie uns doch eine großartige Alternative zum konventionellen Nationalstaatsdenken, dem wir uns in den vergangenen 300 Jahren unterworfen haben. Allein das Wort „inter-national“ suggeriert schon, dass Nationalstaaten den Anfangspunkt bilden, wenn man über die Gestaltung der Beziehungen zwischen Menschen nachdenkt. Globale Organisationen haben dieses Vorurteil aufgesogen und in ihre eigene Nomenklatur eingespeist: Man denke nur an das „Europäische Konzert der Großmächte“, an den Völkerbund oder die Vereinten Nationen. Doch der Weg des Internationalismus hat sich als Sackgasse herausgestellt. Sind wir der Weltregierung heute wirklich näher als zu den Zeiten, in denen Hugo Grotius und Thomas Hobbes einen Gesellschaftsvertrag zwischen den Nationen erdachten oder Immanuel Kant „Zum Ewigen Frieden“ zu Papier brachte?

Der Planet selbst zeigt uns, warum wir globale Governance brauchen. Die Meeresspiegel steigen, die Gletscher schmelzen, die Atmosphäre erhitzt sich. Doch die 193 Nationen, die sich Jahr für Jahr in Kopenhagen, Mexiko-Stadt,

Durban oder Rio de Janeiro treffen, tun nichts. Sie sind zu sehr damit beschäftigt, sich gegenseitig zu erklären, warum ihre Souveränität und ihr Streben nach Unabhängigkeit für ihre stolzen Bürgerinnen und Bürger es rechtfertigen, dass sie untätig bleiben. Sie schließen die Augen vor den Tatsachen, dass Küsten gefährdet sind, dass Grundwasserquellen und Wassereinzugsgebiete austrocknen, dass die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre den von Klimafor-  
 schern als kritischen Punkt festgelegten Wert von 350ppm bereits überschritten hat und auf 400ppm zusteuert, und dass das Zwei-Grad-Ziel der Klimapolitik längst verfehlt ist.

### **In den eigenen Grenzen gefangen**

Genauso blind stellen wir uns beim Thema Armut. Reiche Nationen finden ständig neue Wege, um noch reicher zu werden, während die Armen ärmer werden. Doch es ist nicht allein Gier, die die Ungleichheit zwischen Nord und Süd weiter befeuert und den Kampf gegen Geißeln wie Krankheiten, Hungersnot und Völkermord erschwert. Es ist auch der Souveränitätsgedanke. Der Fehler im System ist sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur.

Speziell im Bereich der Wirtschaft macht sich die Reibung zwischen alten Theorien und neuen Realitäten bemerkbar. Heute geht es vor allem um Interdependenz. Seit Jahrzehnten haben Denker wie Masao Miyoshi die Entstehung einer „grenzenlosen Welt“ angekündigt. Doch die alten Theorien bestehen auf der Souveränität nationaler Staaten innerhalb von festgelegten Grenzen. In Ermangelung einer universellen Orientierung überlassen sie Banken und Ölkartellen (sowie Pandemien und dem Klimawandel) die Weltbühne. Die Institutionen, die für die großen Krisen der Neuzeit verantwortlich sind, agieren transnational, während die Staaten, welche die Krisen bewältigen sollen, innerhalb ihrer eigenen Grenzen gefangen bleiben.

**Demokratie muss so ansteckend werden wie eine Epidemie**

Die Demokratie wurde unter ganz anderen Umständen geboren. In der antiken Welt und in kleinen, partizipativen Dorfgemeinden und Kleinstädten kultiviert, vermochte sie es, als sie von den rasant wachsenden Gesellschaften der Frühmoderne in Frage gestellt wurde, sich in Form des repräsentativen Nationalstaats neu zu erfinden. Doch heute muss sich die Demokratie in einer globalen, vernetzten und von Abhängigkeiten geprägten Welt beweisen – oder sie wird untergehen. Um in der Wirklichkeit zu überleben, muss die Demokratie Wege finden, im Virtuellen Fuß zu fassen. Um ihre Lebenskraft in den Gemeinden zu bewahren, braucht sie die globale Orientierung. Sie kann sich nicht länger hinter Grenzen verstecken oder stur die Mauern verteidigen, die um sie herum errichtet wurden. Sie kann sich nur dann schützen, wenn sie sich genauso leicht über Grenzen hinwegzubewegen lernt wie ein Aufständischer, der Verwüstung anrichten will, oder wie ein undokumentierter Migrant auf der verzweifelten Suche nach Arbeit. Demokratie muss so ansteckend werden wie die letzte große Epidemie, so gerissen wie ein Währungsspekulant, so viral wie das World Wide Web.

Staaten werden nicht global regieren. Aber Städte können es, und sie werden es auch tun. Doch nicht, indem sie nach dem Vorbild der Vereinten Nati-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

onen eine globale Charta der Städte oder eine neue Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verfassen. Wir verstehen, was diese Rechte für uns bedeuten und haben sie in aller Sorgfalt und in jeder Ausführung festgehalten. Wir verstehen, welche Verantwortung aufgrund dieser Rechte auf uns lastet. Uns fehlen einzig die globalen demokratischen Mechanismen, mit denen wir diese Rechte grenzübergreifend durchsetzen können. Ohne die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Strukturen zur Durchsetzung von Rechten überhaupt erst Gewicht verleihen, sind Rechte (so wie es James Madison einst über die Bill of Rights sagte) nur Papier, Zäune aus Pergament, die kaum Schutz gegen Missbrauch bieten. Was wir brauchen, sind Mittel und Wege, die es uns ermöglichen, über Grenzen hinweg zu kooperieren. Nur so können wir der Erklärung der Menschenrechte und all den anderen noblen Zielen, von denen die Un-Vereinten Nationen gerne schwärmen, Nachdruck verleihen.

Die Glokalisierung stärkt erst die lokale Bürgerschaft und setzt ihr dann die globale Bürgerschaft nach dem Huckepackprinzip auf: Skyline von Chicago

## **Terroranschläge treffen Städte**

Staaten bestimmen weiterhin den Rahmen, aber die Städte tragen die Folgen. Lassen Terroristen etwa eine schmutzige Bombe hochgehen, die sie per Containerschiff in die USA geschmuggelt haben, dann mögen sie damit dem „großen Satan“, den Vereinigten Staaten von Amerika, einen Schlag versetzen wollen. Doch es werden Städte wie New York und Los Angeles sein, die dem Blutbad zum Opfer fallen. Boston ist nur ein Beispiel einer amerikanischen Stadt, die die Konsequenzen des globalen Terrors zu spüren bekam. Die Städte können nicht warten, bis Staaten herausgefunden haben, was Interdependenz bedeutet. Um es in den Worten von David Wylie zu sagen, werden Städte und Kleinstädte wohl oder übel selbst anfangen müssen, „Repräsentanten zu wählen, die sich mit anderen gefährdeten Stadtbevölkerungen vernetzen“.

## Es ist an den Städten, die Demokratie erneut zu retten

Ein globaler Städtebund ist natürlich nicht dasselbe wie eine globale Zentralregierung. Das kann allerdings ein Vorteil sein, weil es bedeutet, dass der Städtebund durch Überzeugungsarbeit und Vorbildfunktion „glokal“ agiert.

Er kann es den Bürgern ermöglichen, sich in ihren Nachbarschaften und ihren lokalen Stadtgemeinden zu engagieren, während ihre Bürgermeister auf globaler Ebene zusammenarbeiten. Zudem bestehen vernetzte Städte bereits aus einem Gewebe von Einflüssen und Interaktivität, das neue Formen des globalen Sozialkapitals und der globalen Zivilgesellschaft hervorbringt. Damit entsteht so etwas wie eine globale „Zivilreligion“, deren Realität die Interdependenz, deren Liturgie das Recht, deren Doktrin die Kooperation und deren Praxis die Demokratie ist. Diese Netzwerke löschen den genetischen Code der Stadt nicht aus und überschreiben ihn auch nicht. Vielmehr bauen sie auf ihm auf und vervielfältigen ihn.

Die Glokalisierung stärkt erst die lokale Bürgerschaft und setzt ihr dann die globale Bürgerschaft nach dem Huckepackprinzip auf. Ein Schwein, das mit einem dünnen Burschen auf dem Rücken trainiert wurde, kann später auch Schwergewichtler tragen. Städte werden nicht den gleichen unmöglichen Herausforderungen gegenüberstehen wie Staaten: Sie müssen sich nicht damit beschäftigen, wie sie ihre abstrakte Souveränität aufgeben können, um ihr praktisches politisches Überleben zu sichern. Städte verfügen über keine Souveränität. Sie werden sich nicht fragen müssen, wie sie die Ketten ihrer rechtlichen Befugnisse sprengen können, um die heiligen territorialen Grenzen zu durchbrechen. Städte werden nicht von Grenzen definiert.

### Organismus und Konstruktion

In der Antike brachten Städte Kreativität, Vorstellungskraft und Zivilisation hervor; nach einer gewissen Zeit eröffneten sie den Weg in die Demokratie. Das rasante Bevölkerungswachstum zerstörte jedoch den Geist der antiken Stadt und rückte sie in die Rolle des engstirnigen, provinziellen Fortschrittsfeinds. Heute bedroht Wachstum nicht die Städte, sondern genau die Staaten, die einst die Städte vor dem Untergang durch zu rasches Wachstum bewahrten. Es schlägt die Stunde der Städte, die mittlerweile zu Weltstädten herangewachsen sind. Es liegt an ihnen, die Demokratie erneut zu retten. Diese Aufgabe ist sowohl eine praktische als auch eine theoretische. Die zentrale Herausforderung liegt in der Frage, wie der Gesellschaftsvertrag, auf dessen Fundament moderne Nationalstaaten begründet wurden, globalisiert werden kann, ohne ihn dabei zu entdemokratisieren. Wie können wir eine Institution finden, die in der Lage ist, global zu regieren und die Nachfolge der Nationalstaaten anzutreten?

Die Stadt ist ein lebendiger Organismus, aber sie ist auch eine höchst wichtige Konstruktion, wenn es darum geht, den Gesellschaftsvertrag in eine globale Dimension zu überführen. Aus diesem Grund nähere ich mich dem vorliegenden Problem sowohl als politischer Pragmatist als auch als politischer Philosoph. Nur wer Aristoteles, Machiavelli, Hobbes, Rousseau und Dewey liest, kann verstehen, welche Herausforderungen auf Athen, Rom, London,

Paris und New York warten. Diese Metropolen müssen Griechenland, Italien, England, Frankreich, die USA und hundert andere Nationen in ihrer Aufgabe ablösen, das Regieren im 21. Jahrhundert neu zu erfinden.

### Die Stadt zieht an und stößt ab

Und damit zurück zum Anfang: Können Städte die Welt retten? Diese Herausforderung könnte eine Nummer zu groß sein. Wahrscheinlicher ist, dass die Städte die Demokratie vor der Souveränität retten und uns dabei helfen können, unsere Welt demokratisch und von unten zu regieren und Probleme pragmatisch statt ideologisch zu lösen – und sei es nur informell.

Der ehemalige amerikanische Präsident Bill Clinton erinnerte die Democratic National Convention im Jahr 2012 daran, dass „die Politik der steten Auseinandersetzung in Zeiten, in denen die Menschen leiden, frustriert, wütend und unsicher sind, gut sein kann. Doch gute Politik funktioniert in der Realität nicht immer zwangsläufig. Was in der Realität funktioniert, ist Kooperation.“ Dann schaute er tief in das Herz der Stadt und rief unter Jubel und Applaus dazu auf, „die Bürgermeister hier vor Ort zu fragen. Los Angeles wird grün, und Chicago bekommt eine Infrastrukturbank, weil Demokraten und Republikaner zusammen daran arbeiten, diese Ziele zu erreichen. Sie haben ihren Verstand nicht an der Garderobe abgegeben. Sie haben nicht aufgehört, sich zu widersprechen, aber ihr Vorsatz war es, etwas zu bewegen.“

Ich will ebenfalls etwas bewegen. Ich will den Diskurs verschieben: von Staaten zu Städten, von Unabhängigkeit zu Abhängigkeit, von Ideologie zu Problembehebung. Das Thema Stadt trifft den Nerv unserer Zeit, weil die Hoffnung seit jeher eine Spezialität der Städte gewesen ist und weil Bürgermeister schon immer Optimisten waren, die etwas verändern wollten. „Der Unterschied zwischen dem Optimismus der Berichterstatter in den Städten und dem Pessimismus derer, die sich mit Nationen und multinationalen Organisationen beschäftigen“, beobachtet der Blogger Matthew Taylor, „ist eklatant.“

Doch obwohl die Geschichte der Stadt eine der Hoffnung ist, zeichnet sie sich auch durch ein Dilemma aus: Seit Beginn des menschlichen Zusammenlebens sind wir unseren Städten mit einer gewissen Ambivalenz begegnet. Wir fürchten den urbanen Raum, obwohl (oder vielleicht gerade weil) er uns reizt. Die Stadt zieht an und stößt ab. Bevor wir einschätzen können, welche Vorteile wir aus der menschlichen Migration in die Städte ziehen werden, müssen wir also – um es mit den Worten Peter Lasletts zu sagen – zuerst die Welt vermessen, die wir verloren haben. Und wir müssen lernen, die Ambivalenz der Städte als kreative Kraft für uns zu nutzen.

**Bürgermeister  
waren schon immer  
Optimisten**



**Benjamin Barber**, der im April 2017 verstorbene US-Politikwissenschaftler, erfand das Weltparlament der Bürgermeister. Dieser Essay fußt auf seinem letzten Buch „If Mayors Ruled the World“.